

mehr, was der Werth der Fuhren betrifft u. s. w., und wollte man alles das zusammenrechnen, so würde man sich ungemein verwundern, wie hoch der Armeebedarf gestiegen ist. Es wird sich dann doch vielleicht zeigen lassen, daß in Vergleich mit andern Staaten, unsere Armee nicht den geringsten Aufwand erfordert; denn es macht einen bedeutenden Unterschied, wenn in andern Staaten Deutschlands diese speciellen Leistungen zu dem generellen Budget geschlagen sind. Nun habe ich noch einen sehr wichtigen und praktischen Grund, aus dem es wünschenswerth sein muß, daß der Staat diese Leistungen übernimmt; denn wenn alle diese Einzelheiten Sache des Staates sind, so ist es keinem Zweifel unterworfen, daß dann der Aufwand viel geringer sein wird. Man möge doch einmal die Fuhren und Vorspanne sehen, wenn ein Bataillon oder ein Regiment von einem Ort zum andern transportirt wird, welche Vorspanne, welche Leistungen da aufgebracht werden müssen, und was da dem Lande rein verloren geht. Würden diese Fuhren vom Staate an die Mindestfordernden übergeben, so würden sie viel weniger kosten als jetzt. Es könnte auch sein, daß von der Zeit an, wo der Staat diese Leistungen übernimmt, die Casernirung eintreten könnte, wodurch nach bisheriger Erfahrung der Aufwand gleichfalls geringer wird, ein Beweis, daß, wenn der Staat die Sache en gros übernimmt, der Aufwand geringer ist, als wenn er von den Einzelnen bestritten wird. Ich glaube, daß dieser Grund eine praktische Rücksicht verdiene. Man führt zwar die Schwierigkeiten der Ausführung an; aber ich glaube nicht, daß sie so schwierig sei, wie manche andere Einrichtung, welche getroffen werden mußte; es wird allerdings oft casernirt werden müssen, aber es wird dieß auch seine Vortheile haben. Allerdings würde dieser Aufwand auch in Zahlen gebracht werden müssen, er würde auf das Staatsbudget genommen, und gleichmäßig vertheilt werden; aber ich frage, warum dieses nicht jetzt stattfinden kann? Alle die Dorfschaften, welche den Garnisonsstädten nahe liegen, werden weit mehr angezogen, als die entfernter liegen, und das ist eine Ungleichheit. Diese Ungleichheit haben wir mit der Vorspannleistung. Nun hat man zwar bei den sogenannten Infanteriestädten die Unbilligkeit gefunden, und hat eine Ausgleichung veranstaltet; aber dieser Ausgleichungsfonds ist der ewige Saame zur Zwietracht; denn jede Stadt glaubt, sie sei prägravirt. Zudem ist in einem constitutionellen Staate rechtlich und theoretisch undenkbar, daß neben der allgemeinen Ausgleichung eine städtische besteht, und vielleicht auch auf dem Lande eintreten könnte. Da ist immer ein Schwächelchen in das andere gesetzt. Es ist das ein unglückliches Princip, und hat es früher Annahme gefunden, so ist es jetzt Zeit und Stunde, um ihm Lebewohl zu sagen. Es ist ein Trugschluß, wenn man sagt, das Budget werde dadurch überhäuft; denn wer giebt diese Abgabe? die Staatsbürger; und ob sie es in einen größern oder kleinern Fonds geben, ist gleich. Ist es der Fall, daß die Staatsbürger mehr geben, je nachdem sie in einen größern oder kleinern Fonds geben, so muß man diese Ungleichheit aufhören lassen. Es ist die Forderung der Gerechtigkeit, daß man diese Leistung aufgibt, und warum soll man die, welche nicht angezogen sind, erimiren, und denen, welche mit Häusern oder ländlichen Grundstücken angezogen sind, diese Leistungen allein aufhalsen? Warum man sie allein auf die Grundstücke werfen will, während die, welche großes Vermögen besitzen, zusehen sollen, darin, ich ge-

stehe es, finde ich kein Princip; es ist auch nie ein Princip darin gewesen. Man kann auch keine halben Maßregeln annehmen, und ich bin da ganz mit dem Beschlusse der hannoverschen Kammer einverstanden, daß man der ganzen Sache mit einem Striche das Garaus mache, daß alles, was die Armee verlangt, in sofern es auf diesem oder jenem Wege nur von Einzelnen, durch Servis- oder Cavalerie-Verpflegungsgelder, durch Fuhren zc. aufgebracht wird, cessire und vom Staate übernommen werde. Die großen Schwierigkeiten bei der Ausführung sehe ich nicht ein, und wenn es in andern Staaten auszuführen möglich war, so weiß ich nicht, warum wir es nicht auch vermögen. Daher bin ich der Ansicht, daß dem Gutachten der Deputation nicht beizutreten sei, sondern würde mich dem anschließen, was der Hr. Stellvertreter beantragt hat, daß die Staatsregierung ersucht werde, diese Ungerechtigkeit aufzuheben und im Wege des Gesetzes sich dahin auszusprechen, daß diese speciellen Prästationen ganz aufhören, und vielmehr auf das Budget genommen werden. Ich muß noch wegen der Cavalerie-Verpflegungsgelder bemerken, daß, wenn man diese ins Detail verfolgt, in keinem Puncte eine größere Ungleichheit herrscht, als hier. Es ist wunderbar, daß man die ungleiche Besteuerung nach Schocken anerkennt und sie doch wieder zur Grundlage von andern Abgaben gemacht hat. Der erste Ursprung der Cavalerie-Verpflegungsgelder muß keinen großen Anklang bei den damaligen Ständen gefunden haben; es hat sich die Sache erst nach und nach gemacht; sie war anfangs ein Provisorium und wurde erst später ein Peremptorium. Man sagt, wenn die neue Grundbesteuerung eingeführt würde, sollten die Cavalerie-Verpflegungsgelder aufhören. Nun muß ich gestehen, daß dieß eine sonderbare Stellung geben würde; die Städte müßten die Infanterielasten fortwährend tragen, während die Cavalielasten auf das Budget genommen würden. Daß dieß unmöglich ist, liegt doch auf der Hand, und ich begreife nicht, wie man einmal eine rationelle Gleichheit in die Abgaben auf diese Weise bringen kann. Und wenn ich ferner ins Auge fasse, daß die Bewirthschaftung der Staatsquellen doch ein wünschenswertheres Resultat geben könne, wenn man diese Leistungen auf das Budget nimmt, als es durch das Zerplittern der einzelnen Kräfte geschehen kann, so muß ich wohl annehmen, daß dieses ein Grund mehr sei, welcher den Antrag des Herrn Stellvertreters zur Annahme empfiehlt. Allerdings bescheide ich mich dessen, daß die Sache nicht auf den Augenblick auszuführen sei, aber dafür, daß man damit Anstand nehmen soll, bis die neue Grundbesteuerung eingeführt ist, sehe ich auch keinen Grund. Es ist aus dem Budget zu ersehen, daß die Voranschläge noch nicht mit Bestimmtheit ein festes Resultat voraussehen lassen; es ist auch die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die Einnahmen gegen die Voranschläge steigen, die Ausgaben dagegen fallen werden. Nun wird sich finden, ob die Summe, welche sich als Mehreinnahme herausstellt, nicht eine solche sei, daß sie das größere Plus des Budgets, welches durch die Aufhebung dieser drückenden Belastung entsteht, decken werde. Das läßt sich freilich jetzt nicht übersehen, aber so viel ist wünschenswerth, daß schon bei der gegenwärtigen Ständeversammlung die Kammer ausspreche, daß sie das wünscht, was sie zur Kenntnißnahme der Regierung bringen will, und dann wird die Staatsregierung einen Ueberichlag des Mehraufwandes machen können. Es wird sich auch dann klar übersehen lassen, welche Summe für den Militäraufwand erforderlich ist, und es wird sich besser beurtheilen lassen, in welcher zweckmäßigen Weise die Sache auszuführen sei. Ich bin allerdings der Meinung, daß für jetzt nichts anderes geschehen könne, als daß dieser Wunsch an die Regierung gebracht werde, und daß dann der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werde, wie diese speciellen Belastigungen aufgehoben werden können, welche Summe auf das Budget gebracht werden müsse, und auf welchem zweckmäßigen Wege diese Summe aufzubringen sei.

(Beschluss folgt)